

Kostenlos Bahnfahren

Zu: „Modernisieren“,
FR-Meinung vom 1. Juni

Der Bundesrechnungshof hat sich in den letzten Jahren immer wieder kritisch zum Zustand der Bahn geäußert: Das System Eisenbahn habe sich in den letzten vier Jahren erneut verschlechtert, der Fernverkehr habe 2022 einen Unpünktlichkeitsrekord eingefahren, die Schienen seien zum großen Teil marode, obwohl die Bahn einen Schuldenberg angehäuft habe, das Kerngeschäft sei vernachlässigt worden, alle Modernisierungspläne seien Wordhülsen geblieben.

Die Regierungen der letzten zehn Jahre haben das System toleriert und dadurch heruntergewirtschaftet, ungeachtet der Grundgesetzverpflichtung, nach der der öffentliche Personennahverkehr als „Daseinsvorsorge“ zu gewährleisten ist.

Eine Modernisierung ist nicht durch ein unübersichtliches Tarifsystem mit Lockangeboten wie dem 49-Euro-Ticket zu erreichen. Die Aufgabe ist so gewaltig, dass sie an den Aufbau Ost erinnert. Sie sollte daher auch mit Hilfe eines Solidaritätszuschlag für alle bewältigt werden. Gegenleistung könnte ein kostenfreier öffentlicher Personennahverkehr für alle sein. Ein unwiderstehlicher Anreiz, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.

Rosemarie Mika, Frankfurt



**BRONSKI IST IHR
MANN IN DER
FR-REDAKTION**

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer
Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären
Sie sich einverstanden, dass
Ihre Zuschrift auch online
unter www.frblog.de
veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor,
Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums
wurden auch online im FR-Blog
veröffentlicht, der Fortsetzung
des Print-Forums im Internet. Lesen
Sie hier: frblog.de/f20230613

Bayrische Scharfmacher

„Letzte Generation“: „Faeser: 580 Straftaten durch Aktive“, FR-Politik vom 12.6.

Der ehemalige Verkehrsminister und jetzige CSU-Bundestagsabgeordnete Andreas Scheuer machte es sich Ende November 2022 zu leicht, als er nach der Blockade des Flughafens Berlin-Brandenburg durch Klimaaktivisten lapidar forderte: „Sperrt diese Klima-Kriminellen einfach weg!“ Das ist keine rechtsstaatliche Vorgehensweise. Darauf wies damals auch Bundesjustizminister Buschmann (FDP) hin. Ein Ex-Minister muss das wissen.

Kurz vorher war Alexander Dobrindt aufgefallen. Der Chef der CSU-Landesgruppe im Bundestag forderte härtere Strafen für radikale Klimaaktivisten und -aktivistinnen. Klimaprotest dürfe kein Freibrief für Straftaten sein. Es brauche deutlich härtere Strafen für Klima-Chaoten. Die Entstehung einer Klima-RAF müsse verhindert werden. Wenn man bedenkt, dass die RAF viele Menschen umgebracht hat und dabei fanatisch vorging, ist der Vorwurf an die Klimaaktivisten haltlos.

Wer vor Kurzem die Internetseite der „Letzten Generation“ aufrief, wurde durch eine Mitteilung der Generalstaatsanwaltschaft München und des Bayerischen Landeskriminalamts unterrichtet, in der zu lesen war: „Die Letzte Generation stellt eine kriminelle Vereinigung gemäß § 129 StGB dar“. Dann wurde auch die Homepage der „Letzten Generation“ be-

schlagt und abgeschaltet. Neben der juristischen Feststellung erhielt der Hinweis eine Warnung. Wer immer an die „Letzte Generation“ spende, mache sich wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung strafbar.

Die Behörde änderte die fragwürdige Vorverurteilung mit dem Hinweis, es sei zu einer „missverständlichen Formulierung“ gekommen. Die Generalstaatsanwaltschaft wollte mit der Beschlagnahme der Website Beweise sichern. Dazu reicht allerdings auch eine Kopie der Website. Dass die „Letzte Generation“ eine kriminelle Vereinigung ist, wird von der Berliner Staatsanwaltschaft verneint.

Wie wird die „Letzte Generation“ eingestuft? Sie ist kein Fall für den bayerischen Verfassungsschutz. Diese Aktivisten sowie auch die radikale Umweltschutzgruppe „Extinction Rebellion“ seien „nicht geprägt oder gesteuert durch Linksextremisten, sondern immer noch im bürgerlichen Potenzial verankert“, sagte Verfassungsschutzpräsident Burkhard Köhner im April 2023.

Man kann die Aussagen der bayerischen CSU-Politiker durchaus als Scharfmacherei bezeichnen, um die dringend notwendigen Veränderungen zu mehr Klimaschutz zu sabotieren. Christian Schauer, Alzenau

Diskussion: frblog.de/razzia

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Gerd Koenen über sein Buch „Im Widerschein des Krieges – Nachdenken über Russland“, **Dienstag, 20. Juni, 19.30 Uhr**
Buchhandlung Weltenleser Oeder Weg 40, Frankfurt

Pitt von Bebenburg moderiert die Online-Diskussion „Wachsende Armut in Hessen: Welche Lösungen hat die Politik?“ des Paritätischen Hessen. Mit Andreas Aust (Paritätische Forschungsstelle), Claudia Ravensburg (CDU), Marcus Bocklet (Grüne), Lisa Gnadl (SPD), Yanki Pürsün, (FDP), Christiane Böhm (Linke). Anmeldung unter www.paritaet-hessen.org
Mittwoch, 21. Juni, 17 Uhr

Stephan Hebel referiert und diskutiert zum Thema „Die Rolle der (un)abhängigen öffentlichen Medien für Demokratie und Diskurs – nicht nur, aber auch in Zeiten des Krieges“. **Donnerstag, 29. Juni, 19 Uhr**
Kulturcafé Windrose, Strackgasse 6 Oberursel

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft – Die Rückkehr der Arche“. Anschließend Publikumsgespräch. Eine Veranstaltung von Pro Lesen e.V. Eintritt frei.

Donnerstag, 6. Juli, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen Hedderichstr. 32, Frankfurt

MU_FRDLES02_4c - B_164440

